

Hervorhebenswertes aus der Gemeinderatssitzung vom 15.2.2016

In dieser Sitzung ging es vor allem um einige Vergaben der Aufträge für die geplante Seniorenwohnanlage, sowie um die Besetzung des Gemeinderatssitzes für dem verstorbenen Gemeinderat Herr Rudolf Perfler, durch Herrn Florian Meyer aus Oberkaging.

Nachrücken des Ersatzbewerbers Herrn Florian Meyer

Nachdem Herr Rudolf Perfler sehr überraschend am 8. Januar 2016 verstorben ist, rückt jetzt auf der CSU – Liste Herr Florian Meyer als Listennachfolger in den Gemeinderat nach. Nach der Vereidigung und mit einem offiziellen Beschluss ist Herr Florian Meyer jetzt neuer Gemeinderat. Bei der Besetzung der vorhandenen Ausschüsse ändert dadurch sich nicht viel. Herr Meyer nimmt den Platz des bisherigen Stellvertreters im Bau – und Umweltausschuss von Herrn Rudolf Perfler ein. Alle anderen Ausschüsse bleiben komplett in der bisherigen Besetzung. Wir wünschen dem neuen Gemeinderatsmitglied Herrn Florian Meyer für die kommenden Jahre eine glückliche Hand für vielen anstehenden Aufgaben und Entscheidungen die ihn in unserer Gemeinde erwarten.

Vergabe der Arbeiten für die seniorengerechte Wohnanlage

Nach jahrelanger Planung für den nach wie vor sehr umstrittenen Standort für eine so genannte Seniorenwohnanlage werden jetzt Zug um Zug die ersten Arbeiten nach den nunmehr erfolgten Ausschreibungen vergeben. Für viele Bürger ist es immer noch nicht nachvollziehbar warum diese beiden Bauwerke am hinteren Ende der Abtwiese in einer Sackgasse platziert werden. Das nördliche der beiden Häuser zum Sportplatz muss deshalb als Lärmschutzgebäude mit erheblichen Auflagen (Belüftungsanlage, keine Wohnräume in Richtung Sportplatz usw.) errichtet werden. Zudem ist hier den ganzen Tag der Krach von Fa. Reifen Fuchsl und von der Schreinerei Schwarzenbeck zu hören, was keineswegs eine ruhige und angenehme Wohnatmosphäre verspricht. Da die Schaffung von Wohnanlagen, (ohne Soziale Bindung) laut GO Bayern Art.86 nicht zu den Pflichtaufgaben einer Gemeinde gehört, haben Johanna Seitz und Josef Neumeier bei den Auftragsvergaben nicht zugestimmt.

Gemeinderatssitzung vom 29.2.2016

Festlegung der Vergaberichtlinien für Bauland an Einheimische auf der Abtwiese

Bereits 2008 wurde das ca.9000m² große Grundstück „Abtwiese“ von der Gemeinde erworben. Gut 40% der Abtwiese behält die Gemeinde für den Bau der Seniorenwohnanlage, etwa 30% bleibt der früheren Grundstücksbesitzerin Frau Gewessler zur Verfügung. Auf der Restfläche ca.2000m² werden 4 Bauparzellen gebildet und als Bauland für Einheimische verkauft. Davon wird vorerst 1 Grundstück nicht verkauft, da es als Lagerfläche für Bau der Seniorenwohnanlage benötigt wird. Da zukünftig auch die Vorgaben der Obersten Baubehörde nach Europarecht beachtet werden müssen, konnte der Gemeinderat erst jetzt endgültig die Vergaberichtlinien festlegen. In den nächsten Monaten wird bekannt gegeben, wann die Bewerbungsbögen bei der Gemeindeverwaltung für diese 3 Bauparzellen an Einheimische abzuholen sind.

Überprüfung der Mieten für die gemeindlichen Wohnungen

Der Rechnungsprüfungsausschuss der Örtlichen Rechnungsprüfung stellte bereits 2015 den Antrag, dass für einige Mietobjekte die im Besitz der Gemeinde sind, eine Mietpreisanpassung notwendig ist. Bereits mehrmals monierte die Staatliche Rechnungsprüfungsstelle dass unsere Gemeinde grundsätzlich Mieten in marktüblicher Höhe zu fordern hat. Laut Hinweis des Sachbearbeiters im Landratsamt Ebersberg ist im Hinblick der Einnahmebeschaffung (Art 62 Abs. 2 Art 75 Abs. 2 GO) eine Überprüfung der Mieten in unserer Gemeinde notwendig. Bei ca. 22 Wohnungen die in Gemeindebesitz sind, haben wir einem Mietpreis von 4,90 bis 6 € pro m² Kaltmiete, das ergibt dann zB. bei einer 60m² großen Wohnung etwa 290 bis 360 € Kaltmiete. Nach längerer Debatte einigte man sich, über eine Anpassung der Mieten zu einem späteren Zeitpunkt wieder zu diskutieren.

Antrag der Bürgerlichen zur Verkehrsberuhigung in der Ortsdurchfahrt von Hohenlinden

Bereits am 1.1.2014 fand die Umwidmung der B12, die durch unsere Ortsmitte führte auf die Umgehungsstraße statt. Da ca. 400 Meter eine Staatstraße bleibt, der Rest jetzt eine Gemeindestraße ist, hat unsere Gemeinde ab sofort das Recht im Ortsbereich, für diese Straßenstücke eine 30er Zone festzulegen. Nach längerer Debatte einigte man sich im Gemeinderat, dass zeitnah eine Besprechung mit dem Staatlichen Bauamt und dem Gemeinderat stattfinden soll.